

## **Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten: Chance und Herausforderung für die sozialräumliche Integration, die gesellschaftliche Teilhabe und die städtische Identität**

*Bettina Reimann • Gudrun Kirchhoff*

### **Vorbemerkung**

Seit Juli 2015 bearbeitet das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) das Projekt »Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe«. Kooperationspartner des auf drei Jahre angelegten Projekts sind das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Hessische Ministerium für Soziales und Integration, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Die Durchführung des Projektes erfolgt mit finanzieller Unterstützung des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der EU, über Projektfördermittel des BAMF und das Förderprogramm »WIR« (»Wegweisende Integrationsansätze Realisieren«) des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration. Da zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Projektergebnisse präsentiert werden können, stellen die Autorinnen im vorliegenden Gastbeitrag den Projekt-hintergrund, die Projektziele sowie dessen Inhalt und einige inhaltliche Grundannahmen bzw. Thesen vor. Vorangestellt wird eine knappe Zusammenfassung der Projektidee.

### **Projektidee »kompakt«**

Im Zentrum des Projektes stehen Klein- und Mittelstädte im eher ländlich geprägten Raum, deren Innenstädte Funktionsverluste und einen vergleichsweise hohen Zuwandereranteil aufweisen. Ziel des Projektes ist es, durch eine auf die Potenziale der Zuwanderer ausgerichtete Migrations- und Integrationspolitik und gemeinsame Identitätsbildungsprozesse, die Integration in den innerstädtischen Wohnbereichen zu verbessern sowie die gesellschaftliche Teilhabe der Migrantinnen und Migranten zu stärken. Das Projekt richtet sich sowohl an die Zuwanderer - insbesondere Drittstaatenangehörige - als auch die Aufnahmegesellschaft. Ein besonderer Fokus liegt auf den Bewohnerinnen und Bewohnern der Innenstadtbereiche, die die Integration vor Ort leben. Darüber hinaus stehen Kommunalverwaltung und kommunale Politik im Zentrum der Betrachtung, da sie die Rahmenbedingungen setzen und durch ihr Handeln Prozesse der Integration befördern können. Hierbei soll darauf hingewirkt werden, integrations- und stadtentwicklungspolitische Handlungsansätze zu verknüpfen. Im Zusammenspiel von baulich infrastrukturellen und sozial integrativen Maßnahmen und unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure werden positive Entwicklungsimpulse für das Zusammenleben und die städtische Identität erwartet. In das Forschungsprojekt werden bundesweit acht ausgewählte Kommunen einbezogen, die modellhaft für die Situation in den Klein- und Mittelstädten der ländlich strukturierten Regionen stehen.

## Projekthintergrund: Ausgangslage, Herausforderungen und Perspektiven

Die Themen Zuwanderung, Integration und Stadtentwicklung werden häufig im Zusammenhang mit Großstädten diskutiert. Denn dort sind Zuwanderer angesichts ihrer Anzahl sichtbarer und die mit der Zuwanderung verbundenen Problemlagen akuter, ist die kommunale Integrationspolitik vielerorts etabliert und die alltägliche Praxis der Integration wird von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft gelebt. Großstädte gelten gegenüber Kleinstädten als vielfältiger und häufig auch als lebendiger. Zwar haben sich auch im ländlichen Raum in den letzten Jahrzehnten Zuwanderer angesiedelt, doch aufgrund ihrer geringeren Anzahl sind sie weniger im Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit. Im Zuge des demografischen Wandels (kurzgefasst: »wir werden weniger, älter, bunter« (1)) verändert sich die soziale und kulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung in Klein- und Mittelstädten; Vielfalt gewinnt auch dort ein Profil (2). In Mittelstädten zwischen 20.000 und 50.000 hat mittlerweile jeder fünfte Einwohner, in Kleinstädten zwischen 10.000 und 20.000 etwa jeder sechste Einwohner einen Migrationshintergrund (3). Diese Entwicklung stellt das Zusammenleben und die Teilhabechancen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Klein- und Mittelstädten vor neue Herausforderungen und bietet gleichzeitig Chancen für deren perspektivische Weiterentwicklung.

Eine herausragende Bedeutung nehmen die Innenstädte und Ortszentren als Kristallisationspunkte des gesellschaftlichen Lebens ein. Als zentrale Orte begünstigen sie das Aufeinandertreffen von Menschen verschiedener Kulturen und Lebenslagen, tragen zu einer Identifikation der Bürger mit »ihrer« Stadt bei und verfügen potentiell über ein erhebliches Integrationspotenzial. Im Vergleich zu den Großstädten hat die Wohnfunktion der Zentren in den Klein- und Mittelstädten eine weitaus größere Bedeutung. Wenngleich das Wohnen von Zuwanderern in Kleinstädten weniger segregiert ist als in Großstädten, so sind doch Schwerpunktbereiche zu erkennen. Dies sind vor allem die Altstadtkerne und Siedlungen in Stadtrandlage, entweder die Einfamilienhausgebiete oder die meist in Einfachbauweise entstandenen Mehrfamilienhaussiedlungen der Nachkriegszeit. Während (Spät-) Aussiedler eher Stadtrandlagen als Wohnstandorte präferieren, sind es zumeist die Zuwanderer der Gastarbeitergeneration und ihre Nachkommen, die in den Innenstadtlagen wohnen (4). Dort sind die Wohnungen in den Altbauensembles bei niedrigem Standard meist günstig.

In den Kleinstädten gilt die Innenstadt als Aushängeschild, sie ist »die gute Stube« der kleinstädtischen Gesellschaft, insbesondere bei gut erhaltenen historischen Zentren. Gleichwohl kämpfen Kleinstädte sowohl mit Funktionsverlusten (a) als auch dem Problem, dass das Wohnen in historischen Altbauten an Attraktivität verliert (b):

- a. Leerstände bei Gewerbe und Wohnen sind in vielen Innenstadtbereichen der Kleinstädte zu beobachten. Die Gewerbeeinheiten sind oft zu klein für die Anforderungen z.B. der Discounter; Spezialgeschäfte können sich aufgrund der Konkurrenz von großen Einzelhandelszentren auf der »grünen Wiese« häufig nicht halten. Über die Städtebauförderung (Programme wie Soziale Stadt, Stadtumbau Ost und Stadtumbau West, ergänzen) wurden viele der Innenstadtbereiche revitalisiert und haben an Lebendigkeit gewonnen (ggf. Verweise auf Soziale Stadt etc.). Dieser Prozess der langfristigen und nachhaltigen Stärkung der Innenstädte ist

noch nicht abgeschlossen. Es zeichnet sich jedoch bereits ab, dass positive Effekte nicht allein durch städtebauliche Maßnahmen herbeigeführt werden können, sondern dann besonders erfolgreich sind, wenn sie durch sozialintegrative Maßnahmen und Projekte flankiert werden.

- *b.* Das Wohnen in den historischen Altbauten hat insbesondere in den Innenstädten der Klein- und Mittelstädte an Attraktivität verloren: Ungünstige Wohnungsgrundrisse, fehlende zu den Häusern gehörige private Freiflächen, Nutzungskonflikte durch Handel und Tourismus und Stellplatzprobleme, hoher baulicher Erhaltungsaufwand - auch durch die Anforderungen des Denkmalschutzes - tragen dazu bei, dass die angestammte Bewohnerschaft vermehrt in neu geschaffene Eigenheim- und Mietwohngebiete am Stadtrand zieht bzw. bereits gezogen ist. In die freiwerdenden, weniger nachgefragten innerstädtischen Altbauwohnungen ziehen bzw. zogen Bewohner, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, z.B. Migrantinnen und Migranten. Neubewohner und alte Menschen prägen im Zuge dieser Entwicklung die Bevölkerungsstruktur vieler Innenstadtbereiche.

Diese Veränderungen bleiben nicht ohne Folgen: Mit der veränderten Bevölkerungs- und Nutzungsstruktur entstehen Fremdheits- und Identitätskonflikte und eine veränderte Wahrnehmung des kleinstädtischen Innenstadtbereichs als ehemals ›guter Stube‹ und Repräsentationsort der Kleinstadtgesellschaft. Die Realität der persönlichen Wohn- und Lebensinteressen der angestammten Bewohnerschaft steht einem romantisierenden Ideal gegenüber. »So wird die Innenstadt ...mit ihren konkurrierenden Nutzungs- und Repräsentationsansprüchen zum Ort symbolischer Konflikte um die ›richtigen‹ Bewohner und Nutzer« (5). Damit werden die Themen Wohnen in den städtischen Zentren, die sozialräumliche Integration und das nachbarschaftliche Zusammenleben zu wichtigen kommunalen Handlungsfeldern.

### **Strukturunterschiede**

Klein- und Mittelstädte weisen vielfältige Strukturunterschiede auf. Die Heterogenität zeigt sich in ihrer jeweiligen naturräumlichen Lage, der Anbindung an regionale und überregionale Zentren, ihrer Siedlungsstruktur und Einwohnerzahl, den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der Tradition des Ortes und der eigenen Zuwanderungsgeschichte sowie nach Größe und Ausprägung der unterschiedlichen Zuwanderergruppen. Zuwanderung in den ostdeutschen Kommunen unterscheidet sich beispielsweise deutlich vom Zuwanderungs geschehen in westdeutschen Kommunen. Mit insgesamt knapp fünf Prozent ist der Anteil der Zuwanderer dort vergleichsweise gering und pendelt im ländlichen Raum sogar lediglich um zwei Prozent. Viele der ostdeutschen Klein- und Mittelstädte sind darüber hinaus besonders strukturschwach und von hoher Arbeitslosigkeit sowie von Abwanderung vor allem der jungen und gut qualifizierten Bevölkerung betroffen. Durch Abwanderung und konstant niedrige Geburtenraten seit der Wende hat der demografische Wandel weit früher eingesetzt als in den westdeutschen Kommunen. Kommunen und Unternehmen beklagen einen spürbaren Mangel an Fachkräften und Nachwuchsprobleme. Gleichzeitig haben die Zuwanderer, auch gut qualifizierte, vergleichsweise schlechte Zugangschancen zum Arbeitsmarkt.

In Verbindung mit einem vor allem im ländlichen Raum anzutreffenden fremdenfeindlichen Klima wandern die meisten Zuwanderer, sobald ihr Aufenthaltsstatus gesichert ist, in Gebiete mit größerer Wirtschaftskraft und Arbeitsplatzangebot ab. Dadurch verschärfen sich der Fachkräftemangel und die Nachwuchsprobleme in vielen Regionen Ostdeutschlands.

Der starke Bevölkerungsrückgang hat zu teilweise hohen Leerständen in den Wohnungsbeständen geführt. Trotz erheblicher Investitionen z.B. der Städtebauförderung, konnte die Bevölkerungsentwicklung in vielen ostdeutschen Klein- und Mittelstädten nicht stabilisiert werden. Gerade die Innenstadtbereiche als Repräsentations- und Begegnungsorte der Kleinstadtgesellschaft leiden unter den Bevölkerungsverlusten und einer zu geringen Belebung.

Um dieser Situation zu begegnen, sehen einige der von Schrumpfung betroffenen Regionen Ostdeutschlands in der Zuwanderung ein mögliches Entwicklungspotenzial. Auch die vor Ort lebenden Asylbewerber und Flüchtlinge, die in der Regel stark segregiert in Gemeinschaftsunterkünften in ehemaligen Militäranlagen oder leer stehenden Plattenbauten leben, werden durchaus als mögliches Potenzial für den lokalen Arbeitsmarkt und die Stabilisierung des Wohnstandorts wahrgenommen (6). Gleichwohl stehen die Potenziale der Zuwanderer, vor allem der nachwachsenden zweiten Generation, noch zu wenig im Blickfeld sowohl in der öffentlichen Debatte als auch im kommunalen Handeln.

## Projektziele

Grundlegendes Projektziel ist es, durch eine auf die Potenziale der Zuwanderer ausgerichtete Migrations- und Integrationspolitik und gemeinsame Identitätsbildungsprozesse die Integration vor Ort in den innerstädtischen Wohnbereichen zu verbessern sowie die gesellschaftliche Teilhabe der Migrantinnen und Migranten zu stärken. Durch die angestrebte Verknüpfung von stadtentwicklungs- und integrationspolitischen Handlungsansätzen will das Projekt zudem einen Beitrag zur Stabilisierung der Zentren in den Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raums leisten. Ergänzende Zielstellungen des Projektes, nicht allein für ostdeutsche Kommunen, betreffen die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen zum Abbau von Diskriminierung und Alltagsrassismus und zur Erhöhung der Akzeptanz zugewanderter Bewohner sowie die Verbesserung des städtischen Images zur Gewinnung von Neuzuwanderern als Bewohner der städtischen Zentren. Damit bearbeitet das Projekt grundsätzliche Fragestellungen der Integration in den Klein- und Mittelstädten ländlicher Räume und richtet sich sowohl an die Zuwanderer insbesondere aus Drittstaaten, als auch an die Aufnahmegesellschaft. Es geht um strukturelle Verbesserungen der Integration in den ländlich geprägten Räumen, von denen die Zuwanderer unmittelbar und mittelbar profitieren.

Gemäß seiner Zielsetzungen will das Projekt vor dem Hintergrund der Entwicklungstendenzen in den vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen Regionen und den erkennbaren Funktionsverlusten der städtischen Zentren die Bedeutung von Zuwanderung für die städtische Entwicklung und den sozialen Zusammenhalt untersuchen, den aktuellen Stand der Integration und Integrationsstrukturen beleuchten und vorhandene integrationspolitische Ansätze weiterentwickeln.

Das Projekt richtet seinen Fokus auf die Innenstadt und will ergründen, wie sich die Teilhabe der Zuwanderer am gesellschaftlichen und politischen Leben und das nachbarschaftliche Zusammenleben gestalten, welchen Beitrag Zuwanderer zur Entwicklung der Innenstädte leisten, wie sich die Integrationsbereitschaft der Aufnahmegesellschaft darstellt und wie Akzeptanz- und Identifikationsprozesse verlaufen. Dabei geht es auch um Fragen der interkulturellen Öffnung kommunaler Institutionen, die Weiterentwicklung einer kommunalen Anerkennungs- und Willkommenskultur und die Anerkennung von Integration als Zukunftsaufgabe der lokalen Politik. Das Projekt will im Ergebnis Handlungs- und Orientierungswissen für die kommunalen Akteure gewinnen und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung kommunaler integrationspolitischer Handlungsansätze und der Verknüpfung mit anderen strategischen Politikfeldern erarbeiten.

## Projektumsetzung

Das Forschungs-Praxis-Projekt ist als Kooperationsvorhaben mit einem diskursiven und aktivierenden Forschungsansatz angelegt. Es geht von einer Reihe von Grundannahmen aus, die im Projektverlauf weiterzuentwickeln und zu überprüfen sind. Einige der Annahmen sollen hier genannt werden:

- Die historischen Zentren von Klein- und Mittelstädten werden durch den Zuzug von Zuwanderern gestärkt.
- Veränderte Bevölkerungs- und Nutzungsstrukturen führen zu Fremdheits- und Identitätskonflikten innerhalb der Stadtgesellschaft und zu einer veränderten Wahrnehmung des kleinstädtischen Innenstadtbereichs. Das Bild der »Guten Stube« bekommt Risse.
- Von der Stadtgesellschaft gemeinsam getragene und durchgeführte Aktivitäten befördern und verbessern die Teilhabechancen (nicht nur) von Zuwanderern und haben positive Effekte für die sozialräumliche Integration, das nachbarschaftliche Zusammenleben sowie die städtebauliche Aufwertung historischer Zentren.
- Die Verzahnung integrations-, stadtentwicklungs- und wohnungspolitischer Handlungsansätze befördert diese Prozesse; hier liegt eine besondere Aufgabe für Stadtverwaltung und –politik.

Das Projekt gliedert sich in verschiedene Projektbausteine, wobei die Arbeit in Fallstudien das Herzstück darstellt, sowohl für die Überprüfung der Ausgangsthese als auch für die Beförderung einer lebendigen, vielfältigen Stadt. Sie soll im Folgenden daher kurz erläutert werden.

Im Rahmen einer Fallstudienanalyse sollen bundesweit acht Klein- und Mittelstädte zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern in das Projekt einbezogen werden, die beispielhaft die Herausforderungen und Chancen kleinstädtischer Zuwanderungsgesellschaften repräsentieren. In den Fallstudien sollen Aktivitäten, vor allem zur Förderung des Zusammenlebens von Einheimischen und Zugewanderten, zur Schaffung von Verantwortungsgemeinschaften zur Aufwertung der Innenstadt, der Verbesserung des Wohnens und der Nutzung öffentlicher Räume initiiert und durch das Difu begleitet werden. Hierfür ist es erforderlich, dass die Teilnehmerstädte das Projektanliegen in die jeweiligen Stadtgemeinschaften kommunizieren und einen öffentlichen politischen Diskurs zu den Fragestellungen des Projektes organisieren. Ziel ist es, konkrete Projekte und Handlungsansätze zur Verbesserung der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern in den Kommunen, zur Entwicklung der Innenstädte und einer städtischen Identität zu initiieren.

Die konkreten Aktivitäten sollen an bestehende Strukturen und Netzwerke anknüpfen und sind in ihrer Ausformung abhängig von den jeweils spezifischen Themenstellungen und mobilisierbaren Akteuren. So können sehr unterschiedliche Prozesse und Projekte entstehen. Das Ergebnis kann z.B. der Aufbau einer Wohneigentümergeinschaft von zugewanderten und einheimischen Wohnungseigentümern zur Stärkung und Belebung der Innenstädte sein oder der Aufbau eines Nachbarschaftszentrums durch Kommune und Zivilgesellschaft für interkulturelle Begegnungen und gemeinschaftsstiftende Aktivitäten und Veranstaltungen. Als Formate für die Initiierung und den Auftakt gemeinsamer Initiativen eignen sich Runde Tische, Zukunftskonferenzen oder Open-Space-Veranstaltungen.

Darüber hinaus wird ein Netzwerk für die am Projekt beteiligten Klein- und Mittelstädte als Forum für den Erfahrungsaustausch eingerichtet. Während der dreijährigen Projektlaufzeit finden insgesamt vier Netzwerktreffen statt, bei denen sich die Städte zu den Projektfragestellungen austauschen. Über den gesamten Zeitraum wird das Projekt durch einen Projektbeirat begleitet. Daran beteiligt sind Akteure aus Forschung und Praxis sowie Vertreter/innen der Projektpartner. Der Projektbeirat ist ein inhaltlich unterstützendes Gremium, das zur Qualitätssicherung des Forschungs-Praxis-Projekts dient. Das Projekt endet nach drei Jahren mit einer öffentlichen Abschlusskonferenz und einer Publikation, die die Erfahrungen auswertend darstellt und Handlungsempfehlungen zur Förderung der sozialräumlichen Integration, gesellschaftlichen Teilhabe und städtischen Identität in Klein- und Mittelstädten enthält. Nähere Projektinformationen sind in Kürze unter [www.vielfalt-in-stadt-und-land.de](http://www.vielfalt-in-stadt-und-land.de) öffentlich zugänglich.

### Statt eines Resümees: Aufruf zur Projektteilnahme

Das Projekt wird dann erfolgreich verlaufen, wenn der Forschungs-Praxis-Transfer gelingt. Es lebt daher von Aktivitäten und Maßnahmen, die in den acht am Projekt beteiligten Kommunen realisiert werden. Die Auswahl der Kommunen erfolgt über ein Interessenbekundungsverfahren in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund. Interessierte Kommunen können ihre Beiträge bis zum 19. Oktober 2019 einreichen. Informationen hierfür finden sich unter <http://www.difu.de/projekte/2015/vielfalt-in-den-zentren-von-klein-und-mittelstaedten.html>.

### Anmerkungen

(1) Hollbach-Grömig, Beate (2003): Weniger – Älter – Bunter, in: AKP – Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik, Heft 2/2003, Seite 41–42.

(2) Schader-Stiftung (Hrsg.) (2014): Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen. Ein Handbuch für Kommunen. Darmstadt; Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts, Darmstadt.

(3) Statistisches Bundesamt (2015): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus - 2014. Fachserie 1 Reihe 2.2

(4) Vgl. Zdrojewski, Simone/Schirner, Henning (2005): Segregation und Integration. Entwicklungstendenzen der Wohn- und Lebenssituation von Türken und Spätaussiedlern in der Stadt Nürnberg, in: Verbundpartner »Zuwanderer in der Stadt« (Hrsg.): Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt. Darmstadt, S. 75 ff; Söhn, Janina/Schönwälder, Karen (2007): Siedlungsstrukturen von Migranten und Migrantinnen in Deutschland, in: Verbundpartner »Zuwanderer in der Stadt« (Hrsg.): Handlungsfeld: Stadträumliche Integrationspolitik. Darmstadt, S. 73ff.

(5) Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011): Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projekts. Darmstadt, S. 164.

(6) Aumüller, Jutta/ Gesemann, Frank (2014): Abschlussbericht. Forschungs-Praxis-Projekt: Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel. Darmstadt.

## Autorinnen

---

**Dr. Bettina Reimann** arbeitet als Projektleiterin und wissenschaftliche Mitarbeiterin seit 2001 am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu). Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Bürgerbeteiligung, Integration, gesundheitsfördernde Stadtentwicklung sowie Evaluation und Begleitforschung.

**Dipl.-Soz. Gudrun Kirchhoff** ist seit Juli 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und stellvertretende Projektleiterin für das Projekt »Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten - sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe«. Bis März 2015 war sie wissenschaftliche Referentin bei der Schader-Stiftung in Darmstadt und hat dort mehrere Projekte zu Fragen der Integration von Zuwanderern in kleinen Städten des ländlichen Raums bearbeitet und koordiniert.

## Kontakt

Dr. Bettina Reimann

Deutsches Institut für Urbanistik

Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Zimmerstraße 13-15

10969 Berlin

Tel. (0 30) 30 – 39 00 11 91

Fax. (0 30) 30 – 39 00 12 69

E-Mail: [reimann@difu.de](mailto:reimann@difu.de)

[www.difu.de](http://www.difu.de)

---

Gudrun Kirchhoff  
Deutsches Institut für Urbanistik  
Tel. 030 / 39001-192  
E-Mail: [kirchhoff@difu.de](mailto:kirchhoff@difu.de)

## Redaktion

---

Stiftung Mitarbeit  
Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft  
Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers  
Ellerstr. 67  
53119 Bonn  
E-Mail: [newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de](mailto:newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de)